



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/11 - 14.1.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

80 NN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Zur innerpolitischen Lage	S. 1
Kageres Ergebnis in Washington	S. 3
Frisierte Statistik des Bauernverbandes	S. 5
Wo beginnt die Verteidigung Europas ?	S. 7

Regierung und Opposition

P.R. Die Erklärungen des Bundeskanzlers in der Schuman-Plan-Debatte waren, so weit sie sich mit der sozialdemokratischen Opposition befaßten, durch die widerspruchsvolle Tendenz gekennzeichnet, die SPD zu diffamieren und gleichzeitig zu umwerben und es war kein Zeichen besonderen taktischen Geschicks Mr. Adenauers, die sozialdemokratische Politik mit der Hugenbergs zu vergleichen und etwas später zu versichern, es seien auch recht wertvolle Leute in der SPD. Auch der Bundeskanzler kann kaum annehmen, daß diese Art der Auseinandersetzung eine gute Gesprächsgrundlage ist. Es ist wahrscheinlich, daß die innere Geschlossenheit der Sozialdemokratischen Partei für den Bundeskanzler keine erfreuliche Tatsache ist. Aber der Versuch, die SPD aufsplittern zu wollen, würde das sofortige Ende jeder Bemühung um einen auf-richtigen Meinungsaustausch zwischen Regierung und Opposition sein.

Nach der ganzen Situation muß man freilich doch wohl annehmen, daß dem Bundeskanzler daran liegt, mit der SPD wieder ins Gespräch zu kommen. Er weiß schließlich selbst genau, daß die Abstimmung über den Schuman-Plan trotz ihres scheinbar sehr eindeutigen Ergebnisses die Gesamtsituation der Regierungskoalition nicht gefestigt hat. Das wird sich vor allem auch bei der

Behandlung des vorgesehenen deutschen Verteidigungsbeitrages liegen. Bei dieser Frage wird zunächst einmal festzustellen sein, ob eine einfache Mehrheit im Bundestag zur Annahme eines entsprechenden Gesetzes genügt, was auch nach der Stellungnahme der FRP, die diese Frage bejaht, durchaus noch nicht entschieden ist. Diese Angelegenheit ist aber auch deshalb für die Regierung ungleich schwieriger, weil sie jeden einzelnen Bewohner der Bundesrepublik irgendwie persönlich angeht und die Regierung sich darüber klar sein muß, daß die Auseinandersetzung über dieses Thema die Meinungen viel stärker erregen wird, als die Diskussion über den Schuman-Plan. So hat Dr. Adenauer ohne Zweifel ein Interesse daran, mit der Opposition zu irgend einem Akkord gerade in dieser Frage zu kommen. Die Aussichten dazu sind freilich, das kann ruhig gesagt werden, gering.

Man übertreibt sicher nicht, wenn man sagt, daß mit der Schuman-Plan-Debatte und der Annahme dieses Vertragswerkes, vor allem aber durch die Regierungserklärung dazu, der Wahlkampf eröffnet worden ist. Dabei ist es interessant, daß die Zahl der bürgerlichen Besorgungen - das letzte Beispiel war die angesehene "Badische Zeitung" von Freiburg - die im Zusammenhang mit einem möglichen Verteidigungsbeitrag für vorzeitige Neuwahlen zum Bundestag eintreten, ständig zunimmt. Die Regierung weiß andererseits, daß sie den kommenden Wahlkampf defensiv führen muß. Unter diesen Umständen würde für sie die Situation durch jede Form des Zusammengehens mit der Sozialdemokratie erleichtert werden. Aber diese Erwägung allein würde die Haltung der SPD nicht bestimmen. Maßgebend sind unverändert die sachlichen Einwände der Partei gegen die Politik der Regierung.

Noch ist von den Hindernissen, die einer vertrauensvollen, erfolgversprechenden Aussprache zwischen Regierung und Opposition entgegenstehen, und die der stellvertretende Vorsitzende der Partei, Erich Ollenhauer, am vergangenen Freitag in seiner Antwort an den Bundeskanzler besonders eindrucksvoll aufgezeigt hat, nicht abgebaut, noch ist nicht einmal die Absicht erkennbar, es zu tun. Vermutlich werden die Regierungsparteien im Parlament in der nächsten Zeit näher zusammenzurücken versuchen. Aber heute ist bereits, gerade auch in den Augen gewissenhafter ausländischer Beobachter, unbestritten, daß mit jedem Tage die Kluft zwischen der Volksmeinung und der Volksvertretung in ihrer heutigen Zusammensetzung weiter auseinander klafft. Es kann nicht die Aufgabe der Opposition sein, diese nach der Regierungspolitik der letzten zwei Jahre verständliche Entwicklung aufzuhalten zu wollen.

Präsident und Premier enttäuschen England

B.C. - London

Die diplomatische Sprache des am Ende ihrer Verhandlungen von Präsident Truman und Premierminister Churchill unterzeichneter Kommuniqués täuscht hier in London niemanden über die Magerkeit des Ergebnisses. "Völlige Übereinstimmung" hinsichtlich der Fragen des Mittleren Ostens ist eine Phrase, die wenig besagt, bis man weiß, ob die Amerikaner nun angesichts der entschädigungslosen Enteignung britischen Öl-Eigentums in Persien endlich dazu bereit sind, die finanzielle Rückendeckung abzubauen, mit der sie bisher (wahrscheinlich aus Angst vor dem Kommunismus) die längst fall-reife Regierung Dr. Mossadeks künstlich an der Macht gehalten haben. Über die Verteidigung des Suezkanals durch britische Truppen aufgrund des anglo-ägyptischen Vertrages von 1936 (den Nahas Pascha versucht, "wie einen Fetzen Papier" einseitig zu zerreißen) hat zwischen Washington und London nie Meinungsverschiedenheit bestanden.

"Breite Harmonie" der amerikanischen und britischen Standpunkte in Fernostfragen - dieser Ausdruck verbirgt anscheinend die Funken, die da gestoben sind, als Truman und Churchill die Anerkennung Chinas durch Großbritannien erörterten, und man rechnet es hier in London Churchill ziemlich hoch an, daß er sich nicht hat dazu weit-schlagen lassen, britischen Interessen zuwider diese Anerkennung zurückzuziehen und gar auf das korrupte Regime Tschiang Kai-scheks in Formosa zu übertragen.

Die Zusage, daß die der amerikanischen Luftwaffe in England eingeräumten Stützpunkte in Notfälle nicht ohne Zustimmung der britischen Regierung zu kriegsrischem Einsatz verwendet werden dürfen, ist lediglich eine erneute Bekräftigung der von Truman und dem State Department schon vor 13 Monaten Attlee gegebenen Verpflichtung. Auch Churchills Weigerung, Großbritannien in die Europa-Armee hineinzuintegrieren, sondern diese nur "von außen her" mit allen Kräften zu unterstützen, ist nur Fortsetzung der von Attlees

Kabinetts verfolgten Politik und steht im Gegensatz zu Churchills Reden in der Opposition.

Daß Großbritannien amerikanischen Stahl bekommen soll, während die USA aus dem Sterlingblock Aluminium, Zinn und Gummi kaufen will, ist an sich nichts Neues - das Entscheidende an diesen beiden für die britische Wirtschaft und Rüstung lebenswichtigen Komplexen ist die Preisfrage: Wird der amerikanische Stahl, wie bisher, zu übertriebenen Phantasiepreisen über den Atlantik verladen werden, oder aber im Rahmen des "Mutual Aid Programme" zu einem erträglichen Satze verkauft? Und ist die USA bereit, für die Rohstoffe aus dem Sterlingblock den Weltmarktpreis zu bezahlen, oder besteht sie weiterhin darauf, diese wichtigen strategischen Güter zum "vorkoreanischen" Baisse-Satz zu bekommen (weswegen der amerikanische "Kaufstreik" eingeleitet wurde, der hauptsächlich für die gigantische Unterbilanz des Sterling-Außenhandels im letzten Halbjahr 1951 verantwortlich gewesen ist). Über eine Einigung in der Preisfrage aber besagt das Communiqué nichts, und bisher sind auch das Board of Trade (Handelsministerium) und das Foreign Office im Dunkeln darüber.

Die bitterste Enttäuschung für Winston Churchill muß aber wohl die völlige Abwesenheit einer amerikanischen Finanzhilfe sein, die es ihm ermöglichen würde, dem Lande weitkinhallende Erfolge in der "Bereinigung der Folgen sozialistischer Mißwirtschaft" vorzuspiegeln. Noch nicht einmal Pachtzahlungen für die Amerika geliehenen Flugplätze in Ostengland scheint er erreicht zu haben. Daß Churchills persönlicher Charme, sein Sinn für Schaustellung und Humor ihm dennoch eine "gute Presse" in Amerika verschafft haben - seine charakteristischen "churchillianischen" Aphorismen gehen in Washington von Salon zu Salon und durch die Plauderspalten fast aller Zeitungen, und alles diskutiert erbittert, was die korrekten Bezeichnungen für die bizarren Hüte sind, mit denen Winston sich so gern in der Öffentlichkeit interessant macht - wird hier in England als selbstverständlich hingenommen und tut wenig, die allgemeine Enttäuschung zu lindern, an der auch die Churchill noch bevorstehende große Ehrung nichts ändern kann, einer formalen Sitzung beider Häuser des Kongresses eine Rede zu halten.

Die wirkliche Lage der Landwirtschaft

H.S. Nachdem die Wortführer des Bauernverbandes soeben erst in ihren Sylvesterbetrachtungen das Jahr 1951 als besonders eugenreich für die Landwirtschaft bezeichneten, werden zu Beginn des neuen Jahres schon wieder die ersten Vorgeplänkel für neue Erhöhungen der Agrarpreise aufgenommen. Tatsache ist aber, daß der Verkaufserlös der Landwirtschaft des Bundesgebietes im Wirtschaftsjahr 1950/51 rund 9,3 Milliarden DM betrug. Er lag um 79 Prozent über dem Stand von 1938/39. Für das laufende Jahr 1951/52 wird der Verkaufserlös sich mit mindestens 10,5 Milliarden DM auf mehr als das Doppelte des letzten Vorkriegsjahres belaufen. Nun wird mit Recht darauf verwiesen, daß auch die Ausgaben der Landwirtschaft für sächliche Betriebsmittel und Löhne gestiegen sind. Im Jahre 1950/51 betrug aber der Überschuß der landwirtschaftlichen Verkaufserlöse über die Betriebsausgaben mit 2,1 Milliarden DM rund 161 Prozent des letzten Vorkriegsjahres, das für die Landwirtschaft ein außerordentlich günstiges Jahr war.

Das Jammern der Landwirtschaft geht in erster Linie darum, daß von dem Betriebsüberschuß neben den persönlichen Steuern auch die Soforthilfe bezahlt werden muß. Wir sind also schon so weit, daß die Landwirtschaft lauthals nach Hilfe schreit, wenn sie neben den hohen Investitionen die Soforthilfe nicht ganz reibungslos aus den laufenden Betriebseinnahmen des Jahres bestreiten kann. Nach allgemeiner und richtiger Auffassung sollte der Lastenausgleich aber eine Vermögensabgabe sein. Schlimmstenfalls wäre also die Veranlagung dieser Abgabe aus der laufenden Jahreseinnahme zu bestreiten. Wenn daher die Landwirtschaft eine Katastrophenabgabe aus dem Grundvermögen praktisch umgeht, dann darf sie sich nicht beklagen, wenn das Bargeld heute etwas knapper ist, als das vor dem verlorenen Krieg der Fall war. Die schematische Berechnung des bäuerlichen Stundenlohnes ergäbe schon ein ganz anderes Bild, wenn mindestens die Soforthilfeabgabe dabei berücksichtigt würde.

Mit besonderem Nachdruck versuchte die Presse des Bauernverbandes den Nachweis zu führen, daß die Preisschere wieder einmal bedrohlich zu Lasten der westdeutschen Landwirtschaft geöffnet sei. Das ist tatsächlich nicht der Fall und diese Pressekampagne wurde zu einem Reinfall für den Bauernverband. Die damals veröffentlichten und willkürlich zusammengestoppten Zahlen werden schlagend widerlegt durch ein Gutachten, das Professor Meinhold jetzt im Auftrage des Bauernverbandes vorlegt. Wie sehr man zuvor die Tatsachen vergewaltigte, mag man daraus ersehen, daß Tabellen über landwirtschaftliche Erzeugerpreise veröffentlicht wurden, in denen der Schweinepreis, dessen Erlös immerhin mindestens ein Drittel der Gesamteinnahmen der Landwirtschaft ausmacht, kurzerhand fortgelassen wurde, weil er mit 275 Prozent des Vorkriegsstandes unanständig hoch aus dem übrigen Preisgefüge herausragt.

Professor Meinhold kommt zu dem Ergebnis, daß die Preisschere etwas zugunsten der Landwirtschaft geöffnet ist. Nach seinen Berechnungen lag der Index der Agrarpreise im Dezember 1951 auf 198 im Vergleich zum letzten Vorkriegsjahr, während der Index der Preise für sächliche Betriebsmittel auf 197 stand. Wir können dazu nur bemerken, daß professorale Gutachten zu diesem Thema gänzlich überflüssig wären und daß manches Fehlurteil die Beziehungen zwischen Erzeuger und Verbraucher nicht mehr trüben würden, wenn die Bundesregierung endlich in monatlichen Abständen einen gewogenen Index der Agrarpreise veröffentlichen würde. Daß die Bundesregierung dieser berechtigten Forderung bis heute noch nicht nachgekommen ist, begünstigt die Vermutung, daß ihr und der Landwirtschaft an der Schaffung eines klaren Bildes nichts gelegen ist.

+ + +

(sp) Bei einer Dienstbesprechung innerhalb der sächsischen Justiz über das "Gesetz zum Schutz des innerdeutschen Handels", durch das die private Beschaffung von Lebensmitteln aus den Westzonen und Westberlin unterbunden werden soll, wurde bekanntgegeben, daß sich der "Täterkreis" vor allem aus Rentnern, Schwerbeschädigten, Fürsorgeempfängern und Arbeitern zusammensetzt. Um nicht zugeben zu müssen, daß diese Menschen aus Not handeln, soll in Zukunft davon Abstand genommen werden, über diese Verfahren in der Presse zu berichten.

+ + +

Wo wird Europa verteidigt ?

Während in der Dienststelle Blank Pläne für die Aufstellung einer deutschen Armee in den Schubfächern liegen, sind sich die Westalliierten noch nicht einmal über die strategische Konzeption ihrer Verteidigung klar.

Wir lesen darüber in der "New York Times":

"Belgien, Holland und Luxemburg glauben, daß die Bildung einer Europa-Armee während der ersten Jahre ihrer Existenz von Frankreich beherrscht wird. Sie glauben, daß die Franzosen nur an der Verteidigung der französischen Grenzen und französischer Interessen interessiert sind ...

Nach französischer Ansicht ist der potentielle Feind genau so das Wiederaufkommen des deutschen Militarismus, wie der aggressive Kommunismus. Unter diesen Umständen glauben die kleineren Länder, daß die Franzosen an einer europäischen Armee hauptsächlich deshalb interessiert sind, um ein Mittel zu besitzen, Deutschland zu kontrollieren und ihr eigenes Gebiet zu schützen - und nicht an der Verteidigung West- oder Nordeuropas. Auf der anderen Seite bevorzugen Holland, Belgien und Luxemburg die strategische Vorstellung, die auf einem Entwurf von Hans Speidel basiert, dem früheren deutschen General. Dieser Entwurf hat auch eine Reihe von amerikanischen Militärlauten günstig beeindruckt. Der Entwurf rechnet mit einem russischen Vormarsch auf die norddeutschen Ebenen. Er müßte aufgehalten werden durch einen fiktiven Schleier oder Abdeckungsverände, die sich durch Hinhaltungsaktionen kämpfend nach Westen zurückziehen würden. Die hauptsächlichsten Schläge gegen die russische Invasion Westdeutschlands müßten gegen die russischen Flanken geführt werden, von vorbereiteten starken Stützpunkten in der Alpengegend und von Dänemark, Nordwestdeutschland und Holland.

Wenn die Speidel-Theorie über eine alliierte Verteidigung angenommen würde, müßte eine große Anzahl deutscher Truppen benötigt werden, da die Flankenangriffe gegen die russische Spitze von Truppen am Platze ausgeführt werden müßten, d.h., in Deutschland. Der Europa-Armee-Plan andererseits sieht den Gebrauch von Reservedivisionen von jedem Mitgliedsland vor, ein Plan, der gut arbeiten würde, wenn die französische Grenze die Verteidigungslinie bildet. Wenn jedoch der Speidel-Plan für die Verteidigung Westdeutschlands und Nord-Europas als die strategische Grundlage angenommen wird, wird es zumindest schwer sein, unter dem Plan der Europa-Armee Reservedivisionen zu mobilisieren und sie von Frankreich, Italien und sonstwoher schnell genug zu transportieren, um die Flankenverteidigung in den Alpen und Nord-Westdeutschland zu bilden, die notwendig sind zur Durchführung dieses Planes.

Die wichtigsten Fragen also, denen sich Mr. Churchill und General Eisenhower gegenüber sehen, sind, wie man Frankreich und Westeuropa schnell stark macht und, wie und wo die Verteidigung Westeuropas vor sich gehen wird".

Verantwortlich: Peter Raunan